

JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK

## MORDINITIATIVEN VON UNTEN

### DIE ROLLE ARTHUR GREISERS UND ODILO GLOBOCNIKS IM ENTSCHEIDUNGSPROZESS ZUM JUDENMORD

Die Frage, welcher Prozess zum Entschluss der „Endlösung des Judenproblems“ durch Vernichtung führte, stellt eines der am heftigsten diskutierten und umstrittensten Themen innerhalb der gegenwärtigen Holocaustforschung dar. In letzter Zeit neigen immer mehr Forscher zur Konzeption des Strukturalismus, die besagt, dass es keinen von Anfang des Krieges an bestehenden Plan zur Judenvernichtung gegeben habe und sich der Plan zum Massenmord erst allmählich nach dem Scheitern der Vertreibungs- und Reservatspläne (das Nisko-Lublin-Reservat, der Madagaskar-Plan und die Abschiebung nach Osten) herausbildete. Dabei ist der Vernichtungswille Hitlers gegenüber der jüdischen Bevölkerung und der daraus resultierende nationalsozialistische eliminatorische Antisemitismus zwar eine notwendige, keineswegs aber hinreichende Voraussetzung für die Shoah. Eine Fülle von Regionalstudien<sup>1</sup> bestätigen, dass die Konzeption der Endlösung des so genannten Judenproblems durch Massenmord im Spätsommer und im Herbst 1941 oft in geographisch entlegenen Gebieten im Zusammenspiel von Peripherie und Zentrum der politischen Macht unabhängig voneinander entwickelt und eingeleitet worden ist. Als exemplarisch für

---

<sup>1</sup> DIETER POHL, Von der „Judenpolitik“ zum Judenmord. Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939–1944, Frankfurt/M. u. a. 1993; DERS.: Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944, München 1996; THOMAS SANDKÜHLER, „Endlösung“ in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz 1941–1944, Bonn 1996; BOGDAN MUSIAL, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939–1944, Wiesbaden 1999; CHRISTIAN GERLACH, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland 1941 bis 1944, Hamburg 2000; MARTIN CÜPPERS, Wegbereiter der Shoah. Die Waffen-SS, der Kommandostab Reichsführer-SS und die Judenvernichtung 1939–1945, Darmstadt 2005; MICHAEL ALBERTI, Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939–1945, Wiesbaden 2006; JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK, Judenmord in Zentralpolen. Der Distrikt Radom im Generalgouvernement 1939–1945, Darmstadt 2007.

solche Entwicklungen können die Eigeninitiativen von Reichsstatthalter Wartheland Arthur Greiser oder von SS- und Polizeiführer (SSPF) Odilo Globocnik im Distrikt Lublin des Generalgouvernements (GG) gelten. Obwohl sie unterschiedliche Positionen innerhalb der nationalsozialistischen Hierarchie bekleideten, nahmen beide die bevölkerungspolitischen Entscheidungen in den ihnen unterstellten Gebieten in die eigene Hand. Sie entwickelten mit großem Eifer, Einfallsreichtum, Eigeninitiative und Fanatismus weitreichende Pläne, überwanden alle Hürden, die sie auf ihrem Weg antrafen, und trugen entscheidend dazu bei, die als überflüssig gelten-de jüdische Bevölkerung zu entfernen, indem sie sie kurzerhand ermordeten.

Arthur Greiser wurde 1897 in Schroda in der Provinz Posen in der Familie eines Regierungsbeamten geboren. Als 17-Jähriger meldete er sich 1914 zum Marinedienst, wo er u. a. im Marinekorps „Flandern“ diente und zum Piloten ausgebildet wurde. Innerhalb kürzester Zeit befand er sich als Offizier bei der Fliegertruppe in Zeebrugge und Oostende, wo er auch während eines Aufklärungsfluges verwundet wurde. Für seinen Militärdienst erhielt er mehrere Auszeichnungen, darunter auch das Eiserne Kreuz I. Klasse. Traumatisiert vom Ausgang des Ersten Weltkriegs und vor allem vom Verlust seiner Heimat an das wiedererstandene Polen, entbrannte er voller Hass auf dessen Bewohner. Er schloss sich den Freikorps an und gründete 1924 eine Stahlhelm-Abteilung in Danzig. In den Jahren 1921 bis 1927 gehörte er der Freimaurerloge „Feste Burg im Osten“ an, wo er 1923 auch den dritten Einweihungsgrad erreichte. Politisch nach wie vor unerfüllt, trat er 1922 in Danzig noch der Deutschsozialen Partei und der Kombattantenorganisation „Kamerad“ bei. In den Jahren 1922 und 1923 reiste er oft nach München, wo er während der Diskussionen im Kreis der NSDAP als überzeugter Nationalist und feuriger Redner Hermann Göring auf sich aufmerksam machte. 1929 trat Greiser – damals arbeitslos – in die SA ein. Ein Jahr später schloss er sich auch der NSDAP an. 1930 wurde er zum Stellvertreter des Gauleiters in Danzig, Albert Forster, mit dem ihn auch sofort eine tiefgehende Rivalität verband, die bis in die Kriegsjahre andauern sollte. Die Zugehörigkeit zur NSDAP verhalf ihm nicht nur zu einem kometenhaften Aufstieg innerhalb der NS-Bewegung, sondern auch auf politischer Ebene. Er leitete die Parteifraktion im Danziger Volkstag und wurde 1933 zum Vizepräsidenten und Senator des Inneren ernannt, um im November 1934 als Nachfolger von Hermann Rauschning zum Präsidenten des Senats zu avancieren. Hier angekommen, erlitt seine Karriere einen unerwarteten Knick, als er für finanzielle Unregelmäßigkeiten im Clubcasino in Zoppot verantwortlich gemacht wurde, was sich im Zusammenhang mit den Gerüchten über die Umstände der Auflösung seiner Ehe zu einem richtiggehenden Skandal auszuweiten drohte. In dieser

schwierigen Lage kam ihm der Überfall auf Polen im September 1939 zu Hilfe. Greiser wurde zum Chef der Zivilverwaltung in Posen und am 26. Oktober 1939 auch zum Reichsstatthalter und Gauleiter der NSDAP im neu entstandenen Warthegau ernannt. Auch innerhalb der SS, der er 1931 beigetreten war, stieg er schnell auf: Im Oktober 1939 wurde Greiser zum SS-Gruppenführer und 1942 zum SS-Obergruppenführer befördert. Am 10. August 1940 wurde er anstelle seines alten Kameraden aus Danziger Zeiten, des Höheren SS- und Polizeiführers (HSSPF) Wilhelm Koppe<sup>2</sup>, zum Beauftragten Heinrich Himmlers in dessen Eigenschaft als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums (RKF) im Warthegau.<sup>3</sup> Dadurch gelang es Greiser nicht nur, sich die gesamte Zivilverwaltung und die Parteistrukturen der NSDAP unterzuordnen, sondern auch den gesamten SS- und Polizeiapparat.<sup>4</sup> Dieser Umstand, gepaart mit den persönlichen Direktiven Hitlers über die „Eindeutschung“ des Warthegaus binnen kürzester Zeit, bildete eine feste Grundlage für Greiser, um seine eigenen bevölkerungspolitischen Konzeptionen ungehindert entwerfen und energisch in die Tat umsetzen zu können.

Über eine ganz andere, bei weitem schwierigere Ausgangslage verfügte Odilo Globocnik als der SSPF im Distrikt Lublin. Er wurde 1904 in Triest in einer österreichisch-kroatischen Familie geboren. Nach dem Besuch einer Militär-Unterrealschule und der Höheren Staatsgewerbeschule in Klagenfurt studierte er 1919 bis 1923 dort auch Bauingenieurswesen, musste jedoch wegen seiner politischen Aktivitäten das Studium unterbrechen. Bereits als 14-Jähriger schloss er sich der Heimwehr an, um das Klagenfurter Becken zu verteidigen. 1920 trat er in die SA ein. Ab 1923 arbeitete er bei den städtischen Elektrizitätswerken Klagenfurt und engagierte sich dort in den NS-Betriebszellen. Seine radikale Weltanschauung blieb nicht unbemerkt, so dass er ab 1930 im Gau Kärnten für Propaganda zuständig war. Am 1. März 1931 trat er offiziell in die NSDAP und 1934 in die SS ein. Sein Eifer und sein unermüdliches Engagement für die NS-Bewegung – 1933 bis 1935 verbrachte er mehrere Monate wegen seiner

<sup>2</sup> Koppe leitete bereits 1934 kommissarisch den SS-Oberabschnitt XXVI in Danzig, wo er sich anscheinend sehr gut mit Greiser verstand, vgl. Greisers Abschiedrede an Koppe, abgedr. in: Litzmannstädter Zeitung, 14.11.1943; Ostdeutscher Beobachter, 14.11.1943; ALBERTI, Verfolgung (Anm. 1), S. 68.

<sup>3</sup> Vgl. ebd., S. 78 f., besonders Anm. 169; GÖTZ ALY, „Endlösung“. Völkervertriebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/M. 1998, S. 66, Anm. 24.

<sup>4</sup> Vgl. die offizielle Unterstellung des HSSPF unter den Reichsstatthalter in: Paragraph 2, Abs. 1 der Zweiten Verordnung Hitlers über die Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete, 2.11.1939, in: Hitlerowskie „prawo“ okupacyjne w Polsce. Wybór dokumentów, hg. v. KAROL MARIAN POSPIESZALSKI, S. 89 f.

politischen Tätigkeit im Gefängnis<sup>5</sup> – machten Arthur Seyß-Inquart, Reinhard Heydrich und Himmler auf ihn aufmerksam. 1936 wurde Globocnik zum Gauleiter in Kärnten ernannt und beteiligte sich durch die Mitorganisation der NS-Siegeskundgebungen aktiv an der Herbeiführung des „Anschlusses“ von Österreich. Als Belohnung dafür avancierte er 1938 zum SS-Standartenführer und zum Staatssekretär und Gauleiter in Wien. Seine schroffe Arroganz und unübersichtliche finanzielle Machenschaften brachten Globocnik jedoch schon bald zu Fall. Anfang 1939 wurde er wegen Unregelmäßigkeiten bei der Verrechnung von Geldern aus der „Arisierung“ des Amtes enthoben.<sup>6</sup> Vor weiterreichenden Konsequenzen rettete ihn Himmler, der ihn am 1. November 1939 zum SSPF im neu entstandenen Distrikt Lublin ernannte, wo er Wiedergutmachung für seine Verfehlungen leisten sollte.<sup>7</sup>

Arthur Greiser verkörperte als Reichsstatthalter im Wartheland die höchste zivile Macht in seiner Region, die nur unmittelbar Hitler verantwortlich war und der auch die gesamte Exekutive unterstand. Odilo Globocnik hingegen war nur ein bescheidener SS- und Polizeiführer in einem der anfänglich vier – nach dem Angriff auf die Sowjetunion fünf – Distrikte des GG und unterstand in dieser Funktion nicht nur dem Distriktgouverneur Ernst Zörner, sondern auch dem Generalgouverneur Hans Frank.<sup>8</sup>

<sup>5</sup> Laut Stapo Klagenfurt v. 27.07.1940, BAB, BDC, SSO Odilo Globocnik, erhielt Globocnik folgende Haftstrafen wegen illegaler Betätigung für die NSDAP: am 17.9.1933 42 Tage, am 13.11.1933 28 Tage, am 12.12.1934 183 Tage, am 23.8.1935 182 Tage (davon für 70 Tage Strafaufschub). Weitere 18 Monate war er in den Jahren 1936–37 wegen Hochverrats zur Festnahme ausgeschrieben.

<sup>6</sup> PETER BLACK, Odilo Globocnik. Himmlers Vorposten im Osten, in: Die Braune Elite 2, hg. v. RONALD SMELSER/ ENRICO SYRING/ RAINER ZITELMANN, Darmstadt 1999, S. 107 ff.; SIEGFRIED J. PUCHER, „... in der Bewegung führend tätig“. Odilo Globocnik: Kämpfer für den „Anschluß“, Vollstrecker des Holocaust, Klagenfurt, Celovec 1997, S. 61–68.

<sup>7</sup> Noch Anfang 1941 verbürgte sich Himmler für Globocnik bei einem Revisor, der seine finanziellen Machenschaften in Wien überprüfte: „Soweit ich die Dinge übersehen kann, wird er einen Teil aufklären und belegen können. Bei einem anderen Teil wird er ganz offen sagen müssen, hier habe ich finanziell töricht und in der Revolutionszeit leichtfertig gehandelt. Unanständig hat Globocnik meiner Überzeugung nach bestimmt in keinem Fall gehandelt“, Himmler an den Beauftragten des Reichsschatzmeisters, Franz Xaver Schwarz, 20.2.1941, BAB, BDC, SSO Odilo Globocnik.

<sup>8</sup> „Er [Globocnik] steckt in diesem Zusammenhang [die Säuberung des GG von Juden und Polen] voller weitgehender und guter Pläne, an deren Durchführung ihn lediglich die in dieser Beziehung beschränkte Einflussgewalt seiner jetzigen Dienststellung hindert, denn er braucht für alle Aktionen die Unterstützung der zivilen Dienststellen und Behörden des GG., [...] d. h. also, ohne den Generalgouverneur und dessen Gouverneure (Distriktschefs) ist die Durchführung seiner Pläne und Gedanken nicht möglich“, SS-Hauptsturmführer Helmut Müller an das RuSHA am 15.10.1941, BAB, BDC, SSO Globocnik Odilo.

Innerhalb der SS- und Polizeihierarchie war er dem HSSPF-Ost in Krakau, Friedrich Wilhelm Krüger, unterstellt und musste somit hinsichtlich aller seiner Pläne und bevölkerungspolitischen Konzeptionen diese Instanzen konsultieren. Seine Erfahrungen aus der NSDAP-Mitgliedschaft in Österreich konnte er produktiv auch im Distrikt Lublin umsetzen, denn ihm wurde von Himmler der Aufbau der Partei vor Ort anvertraut.

In der Zeit, als Greiser und Globocnik mit ihren neuen Aufgaben betraut wurden, kristallisierte sich die neue NS-Judenpolitik erst heraus. Der Beginn der Kriegshandlungen im Osten konfrontierte die nationalsozialistische Führung mit einer vollkommen neuen Dimension des so genannten Judenproblems: Allein in Polen zählte die jüdische Bevölkerung beinahe drei Millionen Menschen, von denen sich die überwiegende Mehrheit, fast 2,1 Millionen, im Herbst 1939 unter deutscher Besatzung wiederfand. Dieser Umstand nötigte die NS-Entscheidungsträger, auf die bis dahin favorisierte Lösung, Juden zur Auswanderung zu zwingen,<sup>9</sup> zu verzichten und schnellstmöglich nach einer Alternative zu suchen. Das Unterfangen war um so schwieriger, weil es parallel zu Hitlers großangelegten Plänen für eine Neugestaltung des gesamten unterworfenen polnischen Gebietes ablaufen musste, die Massenumsiedlungen für Millionen von Polen und die Neuansiedlung der aus ganz Europa stammenden „Volksdeutschen“ vorsahen. Da wegen der großen Zahl der polnischen Juden die Emigration kaum als geeignetes Mittel erschien, um sie ‚loszuwerden‘, schlug Himmler bereits im September 1939 vor, alle Juden aus den eingegliederten Gebieten sowie aus dem Altreich in die neu eroberten süd-östlichen Gebiete Polens zu deportieren und sie anschließend über die Demarkationslinie in die Sowjetunion abzuschieben.<sup>10</sup>

Trotz der zu erwartenden logistischen Schwierigkeiten, da die Juden vor allem in großstädtischen Ghettos konzentriert werden sollten, und den daraus resultierenden Protesten seitens der Wehrmacht beauftragte der Chef der Gestapo, Heinrich Müller, bereits am 6. Oktober 1939 – also noch vor

<sup>9</sup> Über Maßnahmen des SD bezüglich der jüdischen Zwangsauswanderung vgl. GÖTZ ALY, „Judenumsiedlung“. Überlegungen zur politischen Vorgeschichte des Holocaust, in: Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939–1945. Neue Forschungen und Kontroversen, hg. v. ULRICH HERBERT, Frankfurt/M. 1998, S. 71 ff.; LENI YAHIL, Die Shoah. Überlebenskampf und Vernichtung der europäischen Juden, München 1998, S. 142–147, S. 155–162, S. 175–184.

<sup>10</sup> Heydrichs Besprechung mit den Abteilungsleitern, 21.9.1939, BAB, R 58/825; Heydrich führte dort explizit aus: „Die Juden-Deportation in den fremdsprachigen Gau [mit der Hauptstadt in Krakau, also das künftige GG], Abschiebung über die Demarkationslinie ist vom Führer genehmigt.“; vgl. CHRISTOPHER R. BROWNING, Von der „ethnischen Säuberung“ zum Völkermord und zur „Endlösung“. Die Entwicklung der nationalsozialistischen Judenpolitik 1939–1941, in: DERS., Judenmord. NS-Politik, Zwangsarbeit und das Verhalten der Täter, Frankfurt/M. 2001, S. 14 f.; ALBERTI, Verfolgung (Anm. 1), S. 126 ff.

der Ernennung Globocniks zum SSPF in Lublin – seinen „Judenexperten“ Adolf Eichmann gemeinsam mit Gauleiter Josef Wagner, eine Abschiebung von etwa 70.000 bis 80.000 ostoberschlesischen Juden zu erproben.<sup>11</sup> Eichmann sollte die Transporte mit Juden aus Oberschlesien, aufgestockt um weitere Familien aus Wien und Mährisch-Ostrau, in das Durchgangslager in Nisko am Fluss San leiten. Von dort aus sollte die jüdische Bevölkerung nach und nach in das Gebiet um Lublin verlagert werden, wo zwischen den Flüssen Weichsel und Bug ein „Judenreservat“ errichtet werden sollte.<sup>12</sup>

Diese Entwicklung kam Odilo Globocnik sehr gelegen. Tief in der Schuld von Himmler stehend, sah er die einzige Rehabilitierungschance für sich in einem übersteigerten Aktivismus auf dem Feld der Bevölkerungspolitik, nachdem der Reichsführer SS (RFSS) von Hitler mit der „Festigung des deutschen Volkstums“ beauftragt worden war. Der neue SSPF, konfrontiert mit der Idee eines Reservats für die jüdische Bevölkerung in der Umgebung von Lublin, erarbeitete in Kürze einen Plan für den Masseneinsatz der jüdischen Zwangsarbeiter – das so genannte Panzergraben-Projekt. Entlang der neu entstandenen deutsch-sowjetischen Grenze sollte ein 40 bis 50 Meter breiter und bis zu 1,5 Meter unter das Grundwasser reichender Graben angelegt werden, der eine unüberwindbare Barriere für die sowjetischen Panzerverbände im Fall eines Angriffs darstellen sollte.<sup>13</sup> Schon bei dieser ersten Initiative zeigte sich Globocnik als vollkommen kompromissloser Fanatiker, der sich ungeachtet des Dienstweges mit jedem anlegte, der sich ihm entgegenzustellen versuchte.<sup>14</sup> Obwohl ihm bei einem

<sup>11</sup> Eichmann notierte: „Diese Tätigkeit soll in erster Linie dazu dienen, Erfahrungen zu sammeln, um [...] die Evakuierung größerer Massen durchführen zu können.“, zit. nach: BROWNING, Säuberung (Anm. 10), S. 16; vgl. JONNY MOSER, Nisko: The First Experiment in Deportation, in: The Nazi Holocaust. Historical Articles on the Destruction of European Jews, Teil 3, Bd. 2, hg. v. MICHAEL R. MARRUS, Westport-London 1989, S. 732 f.; ALBERTI, Verfolgung (Anm. 1), S. 128.

<sup>12</sup> Ursprünglich, noch vor dem Unterzeichnen des Grenzvertrags mit der Sowjetunion am 28.9.1939, in dem die russische Seite auf die Gebiete zwischen Weichsel und Bug als Ausgleich für Litauen verzichtete, war das Judenreservat in der Gegend östlich von Krakau geplant, vgl. CHRISTOPHER R. BROWNING, Die nationalsozialistische Umsiedlungspolitik und die Suche nach einer „Lösung der Judenfrage“ 1939–1941, in: DERS., Der Weg zur „Endlösung“. Entscheidungen und Täter, Bonn 1998, S. 193, Anm. 16.

<sup>13</sup> ROLF-DIETER MÜLLER, Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS, Frankfurt/M. 1991, S. 20–23.

<sup>14</sup> Die persönliche Einstellung Globocniks zu den „rassisch minderwertigen“ Aussiedlern aus dem Westen drückt am besten seine Aussage während der Distriktsitzung am 14. Februar 1940 aus: „Die Juden und Polen sollten sich selbst ernähren und von ihren Landsleuten unterstützen lassen, da diese Juden genug hätten. Falls dies nicht gelänge, sollte man sie verhungern lassen“, zit. nach POHL, Judenpolitik (Anm. 1), S. 52.

Treffen mit der Abteilung Arbeit in der Regierung des GG in Krakau am 6. August 1940 weitgehende Hilfe zugesprochen wurde (so durfte er zusätzliche Juden aus den Distrikten Warschau und Radom hinzuziehen), scheute er nicht davor zurück, wilde Entführungsaktionen anzuordnen und jüdische Zwangsarbeiter aus den Lagern der Zivilverwaltung eigenmächtig zu übernehmen. Dadurch kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen mit dem Distriktgouverneur Zörner, der solche Praktiken auf dem ihm administrativ unterstellten Gebiet nicht dulden wollte.<sup>15</sup> Der Vertreter der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge, der die Zustände bei der Auflösung der Lager durch Globocnik zu untersuchen hatte, zeigte sich empört über die Eigenmächtigkeiten seiner Leute:

„Bei der stattgefundenen Besprechung wurde für den augenblicklichen Stand des Arbeitseinsatzes der Juden und das dabei vorhandene Mißverhältnis zum SS- und Polizeiführer [Globocnik] der kennzeichnende Ausdruck ‚Zirkus‘ geprägt; eine Kennzeichnung, der nichts hinzuzufügen ist.“<sup>16</sup>

Im gesamten Distrikt Lublin entstanden zahlreiche Arbeitslager der SS, in denen Tausende von jüdischen Zwangsarbeitern auch aus den Distrikten Warschau und Radom eingesetzt wurden.<sup>17</sup> Trotz seiner Anstrengungen endeten Globocniks Bemühungen in einem Desaster. Bis Anfang 1941 gelang es dem SSPF in Lublin nur, 13 Kilometer des „Judenwalls“ anzulegen, was militärisch völlig wertlos war.<sup>18</sup>

In der gleichen Zeit entwickelte der Reichsstatthalter im Warthegau eine unermüdliche Initiative in Richtung „Eindeutschung“ seines Gaus durch Vertreibung von Juden und Polen ins GG. Obwohl Greiser in ideologischer Hinsicht zu den radikalsten Nationalsozialisten gehörte und oft Hassiraden gegen Juden und Polen von sich gab, war er durchaus im Stande, seine ideologischen Vorbehalte dem politischen Kalkül unterzuordnen, wenn die Situation dies seinem Ermessen nach abverlangte. Bereits als Senatspräsident in Danzig stellte er sich während der Einführung der Nürnberger Gesetze gegen seinen Erzfeind Albert Forster mit dem Argument:

---

<sup>15</sup> PUCHER, Bewegung (Anm. 6), S. 77 ff.

<sup>16</sup> BAB, R 52II/251, Abt. Inn. Verw., 21.10.1940, Bl. 46.

<sup>17</sup> Janina Kielboń spricht von mindestens 9.271 Juden aus dem Distrikt Radom und 5.253 Juden aus dem Distrikt Warschau, die nach Lublin deportiert wurden; JANINA KIELBOŃ, Judendeportationen in den Distrikt Lublin (1939–1943), in: „Aktion Reinhardt“. Der Völkermord an den Juden im Generalgouvernement 1941–1944, hg. v. Bogdan Musial, Osnabrück 2004, S. 122 ff.; meine eigenen Berechnungen aus dem Distrikt Radom liegen etwas höher und belaufen sich auf 10.042 Juden, vgl. MLYNARCZYK, Judenmord (Anm. 1), S. 145.

<sup>18</sup> MÜLLER, Ostkrieg (Anm. 13), S. 22.

„[Ihr] Inkrafttreten [...] werde für die Freie Stadt den Verlust tragender Wirtschaftskräfte zur Folge haben und dadurch die Polonisierung fördern; da die Danziger ökonomisch nicht stark genug seien, um die jüdischen Geschäfte zu übernehmen, müsse Polen es sich angelegen sein lassen, das entstehende Vakuum durch seine eigenen Staatsangehörigen aufzufüllen.“<sup>19</sup>

Nach dem Zeugnis Carl Burckhardts hatte der Pragmatismus Greisers jedoch klare Grenzen: „Sobald aber der Wink von höchster Stelle kam, duckte er sich.“<sup>20</sup> Auch nach seiner Ankunft im „Reichsgau Posen“ – sein Gebiet wurde erst im Januar 1940 zum „Reichsgau Wartheland“ umbenannt – verkündete er in Lodz:

„Für uns ist, das kann ich Euch versichern, die Judenfrage kein Problem mehr, auch da nicht, wo sie uns in so massiver Form entgegentritt, wie hier. Sie ist für uns nur dazu da, um gelöst zu werden, und sie wird gelöst werden.“<sup>21</sup>

In Greisers Vorstellungen konnte das „Judenproblem“ im Warthegau am ehesten durch eine räumliche Verdrängung der als lästig empfundenen Bevölkerungsgruppe über die Grenzen der ihm unterstellten Provinz hinaus gelöst werden. Aufgrund dessen war er bestrebt, eine Umformung der Bevölkerungsstruktur in dem ihm unterstellten Gebiet vorzunehmen und so viele Juden und „nicht eindeutschungsfähige“ Polen wie möglich ins GG abzuschieben. Dies sollte im Rahmen der „Eindeutschung“ des Warthegaus geschehen und binnen weniger Jahre abgeschlossen werden. Diese Pläne des Reichsstatthalters kollidierten aber mit ähnlichen Initiativen des frisch beauftragten RKF, Heinrich Himmler, für den gerade Greisers Gau den Hauptschauplatz seiner großangelegten Vertreibungs- und Ansiedlungspläne darstellte.<sup>22</sup> Anders als sein Amtskollege im GG, Hans Frank, verstand es Greiser aber nach anfänglichen Problemen mit Himmler, „der – nach seinen eigenen Worten – vor allem in der Evakuierungsfrage sehr selbstherrlich“ agierte<sup>23</sup>, schnell, einen Kompromiss zu schließen und sich selber zu dessen „erstem Mann“ in An- und Aussiedlungsangelegenheiten zu machen. Im August 1940 übernahm er offiziell die bis zu diesem Zeitpunkt

<sup>19</sup> CARL J. BURCKHARDT, Meine Danziger Mission 1937–1939, München 1960, S. 104.

<sup>20</sup> Ebd. S. 78.

<sup>21</sup> „Dank an den Führer für die Befreiung – Die Ansprache des Gauleiters“, in: Deutsche Loder Zeitung v. 10.11.1939, zit. nach: ALBERTI, Verfolgung (Anm. 1), S. 58.

<sup>22</sup> Ohne Beteiligung Greisers wurden bis zum März 1940 ca. 122.500 Juden aus dem Warthegau vertrieben bzw. flohen selber ins GG, vgl. CZESLAW ŁUCZAK, Pod niemieckim jarzem. Kraj Warty 1939–1945, Poznań 1996, S. 83.

<sup>23</sup> JOSEPH GOEBBELS, Tagebücher 1924–1945, hg. v. RALF GEORG REUTH, 5 Bde., München, Zürich 1992; hier: Bd. 4, S. 19; ALBERTI, Verfolgung (Anm. 1), S. 57, Anm. 94.

vom HSSPF Wilhelm Koppe bekleidete Stelle des Bevollmächtigten des RKF. Damit hielt er alle Fäden bei der Entwicklung der Bevölkerungspolitik im Warthegau in der Hand. Er engagierte sich auch bei den theoretischen Planungen, die eine Neuordnung der Bevölkerungsstruktur im Warthegau zum Ziel hatten. Als Leiter der Arbeitsgemeinschaft für Ostbesiedlung in der Reichsstiftung für deutsche Ostforschung beaufsichtigte Greiser unmittelbar die neuesten Entwürfe. Anfang 1941 gründete er die Landeskundliche Forschungsstelle des Reichsgaues Wartheland, die in enger Zusammenarbeit mit der Reichsuniversität in Posen begann, neue Konzepte für verschiedene zivile Behörden und Einrichtungen vorzubereiten.<sup>24</sup> Das gemeinsame Vorgehen von Greiser, Himmler und Heydrich führte zu mehreren Vertreibungsaktionen aus dem Warthegau ins GG, die überwiegend die polnische aber auch die jüdische Bevölkerung umfassten.

Greiser partizipierte an den Aussiedlungen aus seiner Provinz auf zweifache Art und Weise. Einerseits versuchte er, durch gezielte Vertreibungen von Juden und Polen und Ansiedlungen von „Volksdeutschen“ nachhaltig die Bevölkerungsstruktur in diesem Gebiet zu Gunsten des Deutschtums zu verändern. Am 1. März 1940 ordnete er beispielsweise an, die Wolhynien- und Galiziendeutschen im Osten des Warthegaus anzusiedeln, um dort einen „undurchdringlichen Wall mit deutschen Menschen gegen das Polentum zu schaffen“. Um die Vorgabe zu erfüllen, wurden binnen weniger Wochen etwa 40.000 Juden und Polen im Rahmen des Zwischenplans in das GG umgesiedelt. Andererseits beschlagnahmte er mehrere Hunderttausend Reichsmark für die eigene Diensttasche aus dem Besitz der Deportierten, die im Nachhinein für den Aufbau seines Gaus verwendet wurden.<sup>25</sup> Der Reichsstatthalter griff unmittelbar in den Vertreibungsprozess ein, indem er die Widerstände von Generalgouverneur Frank zu brechen versuchte. Sogar nachdem Göring offiziell am 23. März weitere Deportationen ins GG untersagte, übte er nach wie vor Druck auf Frank aus, weitere Judentransporte aus dem Warthegau zu billigen. Während der Besprechung in Berlin am 1. April vertrat Greiser die Auffassung,

<sup>24</sup> MICHAEL G. ESCH, „Gesunde Verhältnisse“. Deutsche und polnische Bevölkerungspolitik in Osteuropa 1939–1945, Marburg 1998, S. 33; HELMUTH SCHUSTER, Theorien, Utopien und rassistische Abgründe sozialwissenschaftlicher Bevölkerungsforschung zwischen wilhelminischem Mitteleuropa-Modell und SS-Generalplan-Ost, in: Rassenmythos und Sozialwissenschaften in Deutschland, hg. v. CARSTEN KLINGEMANN, Opladen 1987, S. 332; MECHTILD RÖSSLER, „Wissenschaft und Lebensraum“. Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Disziplingeschichte der Geographie, Berlin, Hamburg 1990, S. 109.

<sup>25</sup> ALBERTI, Verfolgung (Anm. 1), S. 110. Bis Anfang Januar 1940 waren es schon 170.000 RM, die Greiser zur Aufbauarbeit im Warthegau verwendete.

„diese Anordnung [von Göring] könne sich nicht auf Lodsch beziehen (sondern beziehe sich auf den Stettiner Fall), denn schon in der Chefbesprechung am 12. Februar 1940 in Karinhall sei der Fall Lodsch besonders behandelt worden und auch Generalgouverneur Frank habe die Übernahme der Juden aus Lodsch ausdrücklich zugesagt.“<sup>26</sup>

In seinem Auftrag bereitete SS-Sturmbannführer Rolf-Heinz Höppner einen Plan vor, der darauf abzielte, 158.000 Juden aus dem Warthegau in einer einmaligen Aktion aus dem Ghetto Litzmannstadt als so genannter Judentreck zu Fuß ins GG zu treiben. Diese Bemühungen wurden durch ein Machtwort Hitlers unterbunden, der dem Generalgouverneur am 8. Juli zusicherte, dass jegliche weitere Deportationen ins GG verboten würden, denn in Kürze sollten alle Juden aus dem deutschen Einflussbereich nach Madagaskar deportiert werden.<sup>27</sup>

Die sich häufenden Schwierigkeiten führten dazu, dass in Lodz ein großes Übergangsghetto für die zur Deportation bestimmten Juden gebildet werden musste, das bald über 160.000 Menschen beherbergte. Auf einem Treffen mit Frank am 31. Juli 1940 in Krakau musste sich Greiser damit abfinden, dass die Juden in Litzmannstadt bleiben würden und das neu errichtete Übergangsghetto zu einer Dauereinrichtung im Warthegau werden würde. Denn Frank weigerte sich energisch, neue Vertriebene aufzunehmen, mit der Begründung, dass das Generalgouvernement nur helfen könne, wenn alle ernährungspolitischen und wirtschaftlichen Fragen endgültig gelöst seien.<sup>28</sup> Auch von dieser Entwicklung hoffte Greiser profitieren und aus der dort zusammengepferchten Bevölkerung einen erheblichen Gewinn herauspressen zu können. Wie er selber feststellte:

„Dort verbleiben die Juden solange, bis das von ihnen Zusammengeraffte im Austauschverfahren gegen Lebensmittel zurückgegeben ist, und dann werden sie [...] über die Grenze abgeschoben. Das leere Ghetto soll dann durch Feuer dem Erdboden gleichgemacht werden.“<sup>29</sup>

Trotz der dort erzielten wirtschaftlichen Gewinne wurde das Ghetto in Litzmannstadt zu einem immer größer werdenden Problem des Reichsstatt-

<sup>26</sup> Niederschrift über die Besprechung v. 1.4.1940, in: Dokumenty i materiały do dziejów okupacji niemieckiej w Polsce, Bd. III, Getto łódzkie, hg. v. ARTUR EISENBACH, Warszawa u. a. 1946, S. 167.

<sup>27</sup> JERZY MARCZEWSKI, Hitlerowska koncepcja polityki kolonizacyjno-wysiedleńczej i jej realizacja w „Okręgu Warty“, Poznań 1979, S. 205 f.

<sup>28</sup> Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, hg. v. WERNER PRÄG/ WOLFGANG JACOBMEYER, Stuttgart 1975, S. 264.

<sup>29</sup> Aktenvermerk zu Greisers Unterredung mit Stabsleiter Saupert u. Reichsleiter Schieder v. 11.1.1940, zit. nach: ALBERTI, Verfolgung (Anm. 1), S. 150.

halters. Seine Bewohner waren in schlechtem physischen und psychischen Zustand und nur wenige von ihnen eigneten sich für eine geregelte Zwangsbeschäftigung. Zudem waren ihre finanziellen Reserven längst durch die nationalsozialistische Ausbeutung in Form von individuellen Raubzügen, Kontributionen und Arisierungen erschöpft und der Winter stand vor der Tür.

Die Hoffnungen auf eine Lösung des Problems stiegen in der Reichsstatthalterei schon bald wieder in Verbindung mit den Vorarbeiten zum so genannten Dritten Nahplan. Bereits im Dezember 1940, als den Experten aus dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) klar wurde, dass die englische Seedominanz jegliche Planungen von Judentransporten in Richtung Madagaskar als illusorisch erscheinen ließ, erteilte Hitler Heydrich den Befehl, einen großangelegten Entwurf vorzubereiten, der den raschen Abtransport aller Juden aus den deutschbesetzten und unter politischem Einfluss des Dritten Reichs stehenden Ländern berücksichtigen sollte. Da gleichzeitig die Ansiedlungsvorhaben für die „Volksdeutschen“ in den gesamten eingegliederten Gebieten ins Stocken gerieten, machten sich die Planer daran, die Juden- mit den Polentransporten zu verbinden.

Im Endergebnis forderten sie die Übersiedlung von fast 831.000 Menschen, und das allein im Jahr 1941. Darunter sollten sich auch 60.000 Wiener Juden befinden, deren rasche Deportation Hitler dem Gauleiter Baldur von Schirach noch im Herbst 1940 versprochen hatte.<sup>30</sup> Der „Dritte Nahplan“ erwies sich jedoch ebenso schnell wie die früheren Vorhaben als undurchführbar. Es reichten die Kapazitäten der Reichsbahn nicht aus, die dafür nötigen Waggons bereitzustellen. Hinzu kam, dass die laufenden Vorbereitungen zum „Unternehmen Barbarossa“ alle freien Kapazitäten des GG in Anspruch nahmen. Am 16. März 1941 verlangte das Oberkommando der Wehrmacht vom RSHA die Aktion abzubrechen, „da der Bedarf der Wehrmacht an Transportmitteln und Unterkünften infolge der veränderten Kriegslage dies als notwendig erscheinen ließ“.<sup>31</sup>

Nach dem Scheitern des Projektes „Judenwall“ an der Ostgrenze zur Sowjetunion begeisterte sich Globocnik für Himmlers Idee, Wehrbauernhöfe zu errichten<sup>32</sup>, was er sogleich in seinem Distrikt ausprobieren wollte.

<sup>30</sup> ALBERTI, Verfolgung (Anm. 1), S. 340 f.; ALY, „Endlösung“ (Anm. 3), S. 212–215, mit einer detaillierten Auflistung aller zu Deportation bestimmten Bevölkerungsgruppen (S. 215).

<sup>31</sup> Zit. nach: ALBERTI, Verfolgung (Anm. 1), S. 343.

<sup>32</sup> Diesbezügliche Richtlinien formulierte Himmler bereits im Oktober 1939, vgl. Himmler über die Struktur der Dörfer und Gau im östlichen Siedlungsgebiet v. 11.10.1939 und Himmlers Gedanken über Siedlung v. 24.10.1939 in Posen vor der SS-Führern, abgdr. in: MÜLLER, Oskrieg (Anm. 13), S. 118–121.

Diesbezügliche Pläne stellte er ihm im August 1940 vor. Der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums begrüßte zwar das bevölkerungspolitische Engagement des SSPF in Lublin, fand aber für dessen Vorhaben wenig Begeisterung. Inzwischen interessierte sich Himmler viel mehr für die Errichtung der so genannten SS- und Polizeistützpunkte, also beauftragte er am 2. November 1940 Globocnik mit ihrer Einrichtung im Distrikt Lublin.<sup>33</sup> Sie sollten die Aufrechterhaltung der Besetzungsordnung und die Festigung der politischen Macht in den besetzten Gebieten gewährleisten und später als eine Art Basis für eine flächendeckende Besiedlung durch Reichs- und „Volksdeutsche“ fungieren. Nach längerer Vorbereitungsphase gelang es dem SSPF Anfang März 1941, sechs Liegenschaftsgüter in solche Stützpunkte umzuwandeln. Sie befanden sich in Rachow, Wola Zolkiewka, Siemien, Wytyczno, Turow und Sarny. Die Konzeption schien aufzugehen, wie Globocnik selber konstatierte:

„Sie stellen den verlängerten Arm der deutschen Führung dar und sind Stützpunkt dieser Polizei. [...] Zur Zeit sind die Stützpunkte zur Bekämpfung von Schleichhandel, Schmuggel und Diebstahl bedeutsam und können jederzeit mit den erforderlichen Polizeikräften besetzt werden.“<sup>34</sup>

Der Erfolg beflogte den SSPF-Lublin dermaßen, dass er in Verbindung mit diesem Projekt weitere umfangreiche soziotechnische Umwandlungen in dem ihm unterstellten Gebiet ins Auge fasste. Um diesmal seine Projekte auf einer wissenschaftlichen Grundlage aufzubauen, griff Globocnik auf die Idee des Lubliner Stadthauptmanns Fritz Sauermann zurück, der ihm im Februar 1941 die Schaffung eines Forschungsinstituts für Ostfragen vorgeschlagen hatte. Er errichtete ein „SS-Mannschaftshaus“ unter Leitung des SS-Obersturmführers Gustav Hanelt mit der Aufgabe, „die Gesamtplanung der SS- und Polizeistützpunkte, der Judenbereinigung, den wissenschaftlichen Einsatz [...] theoretisch zu erarbeiten“.<sup>35</sup>

<sup>33</sup> PUCHER, Bewegung (Anm. 6), S. 90; sowie: BOGDAN MUSIAL, Ursprünge der „Aktion Reinhardt“. Planung des Massenmordes an den Juden im Generalgouvernement, in: „Aktion Reinhardt“. Der Völkermord an den Juden im Generalgouvernement 1941–1944, hg. v. DERS, Osnabrück 2004, S. 62.

<sup>34</sup> Bericht betr.: Aufbau der SS- und Polizeistützpunkte, ohne Datum, BAB, BDC, SSO Odilo Globocnik.

<sup>35</sup> MICHAEL G. ESCH, Die „Forschungsstelle für Ostunterkünfte“ in Lublin, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 11 (1996), H. 2, S. 62 f., S. 68, Dok. 1.

Entgegen den Darstellungen des deutschen Historikers Bogdan Musial<sup>36</sup> waren die Anfänge dieses Forschungszentrums eher bescheiden:

„Das SS-Mannschaftshaus umfasste am 18.III.1942 6 junge Wissenschaftler, 1 Schreibkraft, 1 Verwaltungsführer mit einer männlichen und einer weiblichen Hilfskraft, 1 Unterführer als Unterkunftswart, dazu 2 fremdvölkische Aufseher als Hilfskräfte für die Verwaltung und des Unterkunftswartes. In der Bausparte arbeiteten mit: 8 Polizeiwachtmeister d.[er]R.[eserve] und 3 polnische Bau-techniker.“<sup>37</sup>

In den ersten Monaten ihres Bestehens konzentrierte sich die kleine SS-Wissenschaftlertruppe auf die Einrichtung der SS- und Polizeistützpunkte und die Lösung der „Judenfrage“ im GG. Offenbar waren sämtliche bevölkerungspolitischen Planungen für Globocniks Spezialisten untrennbar mit jüdischen Angelegenheiten verbunden.

Zeitgleich mit der Einrichtung des SS-Mannschaftshauses begann Globocnik, noch ambitioniertere Vorhaben zur „Germanisierung“ des Distrikts Lublin zu erproben. Er experimentierte an der „Verdeutschung“ von fünf Dörfern in der Umgebung von Zamosc, die deutsche Wurzeln haben sollten, schmiedete Pläne für die Errichtung eines SS-Stadtteils in Lublin für 60.000 Menschen und verkündete auf einer NSDAP-Kundgebung in Zamosc, dass in der Zukunft der Raum Lublin zu einem rein deutschen Siedlungsgebiet umgewandelt werde.<sup>38</sup> Globocnik war auch der erste im GG, der die Aktion „Fahndung nach deutschem Blut“ einleitete, eine Suchaktion nach den Nachfahren der deutschen Siedler aus den vergangenen Jahrhunderten, die mit der Zeit „polonisiert“ worden waren, um sie wieder zu „regermanisieren“. Der deutsche Historiker Bruno Wasser schreibt dazu:

„Dieser pseudowissenschaftliche Rückgriff auf deutschstämmige Urahnen machte per Dekret, Zwang oder durch die bloße Aussicht auf Gratistrationen oder Privilegien polnisch sprechende und fühlende Bewohner zu Gliedern der protektionierten Herrenrasse.“<sup>39</sup>

<sup>36</sup> Musial schenkt der Vernehmung des Adjutanten von Globocnik aus den sechziger Jahren Glauben, in der dieser maßlos übertrieb: „Es wurden Kräfte von überall hergeholt: Professoren, Architekten, Techniker und Wissenschaftler. Globocnik hatte nach meinem Eindruck das Bestreben, den Distrikt Lublin zur Blüte zu führen.“ MUSIAL, Ursprünge (Anm. 33), S. 62 f.

<sup>37</sup> Arbeitsbericht des SS-Mannschaftshauses vom März 1942, abgedr. in: ESCH, Forschungsstelle (Anm. 35), S. 69.

<sup>38</sup> MUSIAL, Ursprünge (Anm. 33), S. 63; PUCHER, Bewegung (Anm. 6), S. 90 f.

<sup>39</sup> BRUNO WASSER, Himmlers Raumplanung im Osten. Der Generalplan Ost in Polen 1940–1944, Basel u. a. 1993, S. 61.

In einem so eifrig „germanisierten“ Gebiet gab es immer weniger Platz, nicht nur für die von den Nationalsozialisten verhassten Juden, sondern auch für die „nichteindeutschungsfähigen“ Polen.

Inzwischen änderte sich aber die militärpolitische Lage im deutsch besetzten Polen gravierend und damit auch die bevölkerungspolitischen Aussichten. Die konzeptionelle Lücke in den groß angelegten Planungen zur „Endlösung der Judenfrage“, die nach dem Scheitern des „Madagaskar-Plans“ entstanden war, wurde schnell durch einen neuen Entwurf im Vorfeld des „Unternehmens Barbarossa“ geschlossen. Zum ersten Mal wurde bereits in der Vorbereitungsphase die bevorstehende kriegerische Auseinandersetzung in eindeutig weltanschaulichen Kategorien gefasst. Der Krieg sollte ein Kampf ums Überleben zwischen dem Dritten Reich und der „minderwertigen jüdisch-bolschewistischen“ Sowjetunion werden. Alleine die Perspektive, riesige Gebiete in dem unterworfenen Land erbeuten zu können, beflogelte die Gedanken der hochrangigen „Soziotechniker“. Nicht nur Hitler und Himmler, sondern auch die gesamte NS-Elite waren fest davon überzeugt, dass die Sowjetunion, der „Koloss auf tönernen Füßen“, leicht zu zerschlagen sei, und begannen, großangelegte Deportationspläne zu entwickeln. Schon bald spekulierten Behörden im gesamten Reich über die Möglichkeit einer „territorialen Lösung der Judenfrage“ durch die Abschiebung der „arbeitsunfähigen Elemente“ in den nicht näher definier-ten Osten. Kurz nach Beginn der Kriegshandlungen zerstörte jedoch Hitler persönlich alle Deportationshoffnungen, als er, um den logistischen Schwierigkeiten während der laufenden Gefechte mit den Sowjets aus dem Weg zu gehen, ausdrücklich darauf bestand, die Judentransporte in den Osten erst nach der Beendigung des Krieges vornehmen zu lassen.

Diese Entscheidung bewegte Greiser dazu, nach anderen Lösungen für sein lokales „Judenproblem“ zu suchen. Er begann, sich verstärkt für jüdische Zwangsarbeit zu interessieren. Bereits am 6. August erließ die Abteilung Arbeit in der Reichsstatthalterei eine Regelung über die Entlohnung der in den Privatfirmen beschäftigten Juden, nach welcher der Löwenanteil der zustehenden Vergütung auf das „Aufbaukonto der NSDAP“ in Posen zu entrichten war, während für die Ghettoverwaltung nur zehn Pfennige aus jeder abgearbeiteten Stunde übrig blieben.<sup>40</sup> Die Regelung hielt sich nicht lange, denn die Menschen im Ghetto Litzmann-

<sup>40</sup> Während Greisers Gerichtsverfahren in Polen behauptete Hans Biebow, der unmittelbar für die Überführung der überschüssigen Geldbeträge aus dem Ghetto in Litzmannstadt an Greiser verantwortlich war, dass er während seiner gesamten Amtszeit zwischen fünf bis sechs Millionen Reichsmark auf das Sonderkonto des Statthalters einzahlt habe, in: Proces Artura Greisera przed Najwyższym Trybunałem Narodowym, Warszawa 1946, S. 303; JACEK PIETRZAK, Hans Biebow. Portret oprawcy, in: Fenomen getta łódzkiego 1940–1944, hg. v. PAWL SAMUŚ/ WIESŁAW PUŚ, Łódź 2006, S. 189.

stadt mussten irgendwie den Winter überstehen und alle ihre Finanzquellen waren längst erschöpft. Auf Drängen der örtlichen Zivilbehörden sah sich Greiser gezwungen, auf die Auszahlung einer festen Pauschale für die Ghettoverwaltung zu verzichten und ihr 35 Prozent des Gesamtgehalts der arbeitenden Juden zu überlassen. Nachdem das neue Prinzip „Judenverpflegung durch Arbeit“ formuliert worden war, kümmerte er sich persönlich beim Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen um die Einsetzung der Juden aus dem Warthegau bei der Errichtung der Reichsautobahn zwischen Posen und Frankfurt/Oder, also auf dem Gebiet des Altreichs.<sup>41</sup>

Die Initiative erlaubte der Reichsstatthalterei in Posen die Bereitschaft der Reichsbehörden auszutesten, jüdische Zwangsarbeiter abzunehmen. Im Falle des Gelingens – so war die Hoffnung – könnten Tausende Juden aus dem Warthegau auf diesem Weg ins Reich verschickt und damit die Zusammensetzung der Bevölkerung zugunsten der „arischen“ Mehrheit beeinflusst werden. Bald nachdem die ersten Juden tatsächlich in Richtung der Autobahnbaustellen verschickt worden waren, bot der Leiter der Abteilung Arbeit, Ernst Kendzia, dem Reichsarbeitsminister Franz Seldte weitere 73.123 Juden (42.187 Männer und 30.936 Frauen) für einen Arbeitseinsatz im Reich an.<sup>42</sup> Auch Reichsmarschall Göring zeigte sich an jüdischer Zwangsarbeit interessiert und unterstützte Greiser, indem er alle Bedenken gegen Judenverschickungen ins Altreich aus dem Weg räumte.

Am 18. Februar gab er in seiner Funktion als Beauftragter für den Vierjahresplan eine Weisung heraus, in der er alle „Präsidenten der Landesarbeitsämter einschl.[ießlich] Zweigstellen und den Herren Reichsstatthalter in Posen“ darüber informierte, es gebe Überlegungen, dass der Einsatz von „fremdstämmigen oder fremdrassigen Arbeitskräften (z. B. Polen oder Juden) unter rasse- oder volkstumspolitischen Gesichtspunkten Schwierigkeiten bereitet“. Und er fuhr fort: „Diese Erwägungen sind nicht richtig. Sie müssen [...] während des Krieges gegenüber den rüstungswirtschaftlichen Notwendigkeiten zurücktreten.“<sup>43</sup> Der Plan Greisers schien aufzugehen. Im März meldeten sich mehrere Arbeitsämter aus dem Reich bei der Abteilung Arbeit der Reichsstatthalterei Posen und gaben exakte Zahlen der erforderlichen jüdischen Zwangsarbeiter an. Die Euphorie in Posen war aber nur von kurzer Dauer. In letzter Sekunde vor der Auffertigung der ersten jüdischen Zwangsarbeiter griff Hitler persönlich ein und machte allen Interessierten einen Strich durch die Rechnung, wie der

<sup>41</sup> ALBERTI, Verfolgung (Anm. 1), S. 242–249.

<sup>42</sup> ALBERTI, Verfolgung (Anm. 1), S. 283 f.; DIETER MAIER, Arbeitseinsatz und Deportation. Die Mitwirkung der Arbeitsverwaltung bei der nationalsozialistischen Judenverfolgung in den Jahren 1938–1945, Berlin 1994, S. 91.

<sup>43</sup> MAIER, Arbeitseinsatz, S. 87 (Faksimile der Weisung).

Reichsarbeitsminister den unterstellten Behörden am 7. April mitteilen musste: „Der Führer hat nunmehr entschieden, dass Juden aus dem Generalgouvernement und dem Warthegau nicht im Reichsgebiet einzusetzen sind.“<sup>44</sup>

Die Lage im Warthegau spitzte sich damit noch weiter zu. Der Reichsrechnungshof schätzte im Januar alleine die Kosten für die Verpflegung der Bewohner des Ghettos Litzmannstadt auf 2,5 Millionen Reichsmark im Monat, die nicht mit dem jüdischen Zwangsarbeitseinsatz beglichen werden könnten.<sup>45</sup> Die Deportationen in Richtung des GG wurden durch die Wehrmacht und vor allem den erbitterten Widerstand des Generalgouverneurs Frank blockiert, und die erhoffte Verschickung der jüdischen Zwangsarbeiter ins Altreich war unerwartet von Hitler gestoppt worden. Dazu kamen die Beschwerden der lokalen Behörden innerhalb des Warthegaus, die in der Hoffnung auf eine rasche Lösung des „Judenproblems“ auf einmal damit begannen, ihre oft selbst verursachten Probleme mit der jüdischen Bevölkerung lautstark zu publik zu machen.

Wie aus dem berüchtigten Aktenvermerk des Leiters des SD-Abschnitts Posen, Höppner, von Mitte Juli 1941 hervorgeht, scheute man bereits damals im Umkreis der Reichsstatthalterei nicht davor zurück, eindeutige Mordpläne vorzubereiten, nur um die erwünschte Minderung der jüdischen Bevölkerung zu erreichen:

„Es besteht in diesem Winter die Gefahr, dass die Juden nicht mehr sämtlich ernährt werden können. Es ist ernsthaft zu erwägen, ob es nicht die humanste Lösung ist, die Juden, soweit sie nicht arbeitseinsatzfähig sind, durch irgendein schnellwirkendes Mittel zu erledigen. Auf jeden Fall wäre dies angenehmer, als sie verhungern zu lassen.“<sup>46</sup>

Auch andere Behörden sahen in den jüdischen Vierteln ein immer größer werdendes Problem und verlangten nach einer generellen Lösung:

<sup>44</sup> Ebd., S. 89–93.

<sup>45</sup> ALY, „Endlösung“ (Anm. 3), S. 265. Die israelische Historikerin Michal Unger konnte allerdings nachweisen, dass schon im Mai 1941 die Einkommen aus den jüdischen Arbeitslagern die Ausgaben für die Verpflegung des Viertels ausgleichen. Der Reichsrechnungshof irrte sich also in seinen Schätzungen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass seine falschen Berechnungen sich sehr negativ auf den Entscheidungsprozess bezüglich des Umgangs mit den Juden auswirkten, indem sie die Mutmaßungen über die dauerhafte Notwendigkeit, die Ghettobewohner zu bezuschussen, verfestigten, vgl. MICHAL UNGER, Jewish Forced Labor in the Lodz Ghetto and Its Influence on German Policy, in: Fenomen getta (Anm. 40), S. 175.

<sup>46</sup> Höppners Aktenvermerk v. 16.7.1941 mit dem Anschreiben an Eichmann, in: Die Ermordung der europäischen Juden. Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941–1945, hg. v. PETER LONGERICH, München, Zürich 1990, S. 74.

„Die Fleckfieberepidemie im Judenlager Kutno hält unvermindert an. Es wird in diesem Zusammenhang nochmals darauf hingewiesen, dass die Ghettos und Judenlager stets Seuchenherde schlimmster Art darstellen [...]. Vom gesundheitlichen Standpunkt muss die baldige Verlegung sämtlicher Juden an einen von der übrigen Bevölkerung völlig abgesonderten Ort gefordert werden“,

schrieb der Regierungspräsident von Hohensalza, Hans Burckhardt, in seinem Lagebericht fast zu gleicher Zeit.<sup>47</sup>

Wie der deutsche Historiker Michael Alberti richtig bemerkt, wurde in fast allen Diskussionen, die auf verschiedenen Machtebenen im Warthegau zwischen Mai und August 1941 stattfanden, eine Unterscheidung zwischen „arbeitsfähigen“ und „arbeitsunfähigen“ Juden getroffen, und während den Erstgenannten eine gewisse Daseinsberechtigung zugesprochen wurde, strebte man eine rasche „Entfernung“ der Anderen an.<sup>48</sup>

Die Forderungen der niederen Dienststellen und vor allem das Memorandum Höppners verfehlten nicht ihr Ziel. Im Juli 1941 wurde das Sonderkommando Lange wieder aufgestellt, das bereits 1940 Insassen der Heil- und Pflegeanstalten im Lager Soldau in Ostpreußen und auch im Warthegau im Rahmen der Euthanasieaktion T4 mit Hilfe eines Gaswagens ermordet hatte.<sup>49</sup> Wie man der Verleihungsurkunde des Kriegsverdienstkreuzes 2. Klasse an den persönlichen Fahrer von Herbert Lange, Walter Burmeister, entnehmen kann, war er von Juli 1941 bis zum 5. April 1943 im Einsatz:

„[Seine] Tätigkeit beim Sonderkommando [Lange], die in der unmittelbaren Bekämpfung und Vernichtung von Staatsfeinden bestand, erfolgte unter ständigem Lebenseinsatz und erforderte in ganz besonderem Maße eine mannhafte und starke seelische Haltung. Die Tätigkeit [...] war mit von entscheidender Bedeutung für die Lösung eines der wichtigsten völkischen Probleme.“<sup>50</sup>

---

<sup>47</sup> Lagebericht Regierungspräsident Hohensalza v. 8.7.1941, zit. nach: ALBERTI, Verfolgung (Anm. 1), S. 254.

<sup>48</sup> Ebd., S. 357.

<sup>49</sup> Das Sonderkommando Lange ermordete bereits Anfang 1940 Euthanasiepatienten im Fort VII in Posen und in der „Landesheilanstalt“ Kosten in einem Gaswagen mit der Aufschrift „Kaisers-Kaffee-Geschäft“, bei dem jedoch nicht dessen eigene Abgase, sondern Gasflaschen mit Kohlenmonoxid verwendet wurden, vgl. VOLKER RIESS, Die Anfänge der Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ in den Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Wartheland 1939/1940, Frankfurt/M. 1995, S. 317–320, 330 ff.; Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas. Eine Dokumentation, hg. v. EUGEN KOGON u. a., Frankfurt/M. 1983, S. 63 ff.

<sup>50</sup> Befürwortung der Verleihung von KVII. Klasse von IdS Posen v. 16.7.1943, zit. nach: PETER KLEIN, Die Rolle der Vernichtungslager Kulmhof (Chelmno), Belzec (Belżec) und Auschwitz-Birkenau in den frühen Deportationsvorbereitungen, in: Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933 bis 1945, hg. v. DIETMAR DAHLMANN/ GERHARD HIRSCHFELD, Essen 1999, S. 475.

Burmeister musste zusammen mit Lange schon damals nach einem geeigneten Ort für die Errichtung einer künftigen, experimentellen Vernichtungsstätte Ausschau halten.<sup>51</sup> Die ersten Vorbereitungen könnten noch Versuchscharakter gehabt haben. Auch HSSPF Koppe bestätigte dies in seiner Vernehmung nach dem Krieg:

„Dr. Brandt [Himmlers persönlicher Referent] teilte mir mit, dass Dr. Brack [Leiter der Euthanasieaktion T4] bereits in Berlin mit Gasen experimentierte, die Experimente vor dem Abschluß stunden, und die Erprobung der Brackschen Gase unter seiner, Dr. Brack, Leitung im Wartheland beabsichtigt sei. Die Durchführung der Vergasungen war offensichtlich auf das Sonderkommando Lange zugeschnitten.“<sup>52</sup>

Die hier angesprochene „Erprobung der Brackschen Gase“ bedeutete nichts anderes als Experimente mit der Entwicklung eines neuen Gaswagentyps, bei dem auf die Verwendung von Gasflaschen verzichtet würde.

Die Forderung Himmlers vom September 1941, 60.000 Juden ins Ghetto Litzmannstadt zu übernehmen, brachte schließlich das Fass zum Überlaufen. Die sich verschleppenden Kriegshandlungen im Osten machten auch den Plan zunichte, die Juden nach dem gewonnenen Krieg auf das Gebiet der unterworfenen Sowjetunion abzuschieben. Daraufhin griff Heydrich auf einen Reserveplan zurück, der die Evakuierung der jüdischen Bevölkerung aus größeren Städten des Altreichs ins GG vorsah. Jedoch schon nach den ersten Gesprächen Himmlers mit dem HSSPF-Ost, Friedrich Wilhelm Krüger, die im Frühherbst in dieser Angelegenheit geführt wurden, musste der RFSS erkennen, dass Hans Frank erbitterten Widerstand gegen jegliche Judentransporte leisten würde, und seine Absicht somit verwerfen. Daraufhin blieb Himmler nur, sich vorerst an den HSSPF Koppe im Warthegau zu wenden und, nachdem er von ihm über die Lage im Ghetto Litzmannstadt ausgiebig informiert worden war, an Reichsstatthalter Greiser, um Unterstützung für die bevorstehenden Deportationen zu erbitten:

„Ich bitte Sie, diese Maßnahme, die sicherlich für Ihren Gau Schwierigkeiten und Lasten mit sich bringt, nicht nur zu verstehen, sondern im Interesse des Gesamtreiches mit allen Kräften zu unterstützen.“<sup>53</sup>

Obwohl Himmler anfänglich mit Greiser über die Einweisung von 60.000 Juden ins Ghetto Litzmannstadt sprach, gelang es dem Reichsstatthalter im Laufe der Verhandlungen diesen auf 20.000 Juden und 5.000 „Zigeuner“

<sup>51</sup> Ebd.

<sup>52</sup> Vernehmung Koppe, zit. nach: Nationalsozialistische Massentötungen (Anm. 49), S. 112.

<sup>53</sup> Zit. nach: KLEIN, Rolle (Anm. 50), S. 473.

herunterzuhandeln. Aber sogar diese geringere Zahl von Menschen war für Greiser unannehmbar, denn er wurde von der Ghettoverwaltung Litzmannstadt darauf hingewiesen, dass die Einquartierung einer so großen Menschenmenge angesichts der schlechten Bausubstanz der Häuser im dortigen Judenviertel und der bereits dort existierenden Überbevölkerung eigentlich nur auf Kosten der Ghettowerkstätten durchzuführen sei:

„Ein zweiter Weg bleibt, und zwar der, die nach Überwindung größter Schwierigkeiten eingerichteten Werkstätten und Fabriken, die [...] fast ausschließlich der Wehrmacht dienen, zu Massenquartieren umzuwandeln. Hierdurch würden bestenfalls 21.500 qm Raumfläche gewonnen.“<sup>54</sup>

Daraufhin griff Greiser auf die aus seiner Perspektive einfachste Lösung zurück – die bereits im Sommer vom SD-Abschnittsleiter in Posen, Höppner, vorgeschlagen worden war – und bat Himmler um die Erlaubnis, 100.000 „Arbeitsunfähige“ auf seinem Gebiet kurzerhand umbringen zu dürfen. Die Zahl entspricht ziemlich genau der Anzahl der „überflüssigen“ Juden, die nicht ins Reich zur Zwangsarbeit deportiert wurden (ca. 73.000), zuzüglich des erwarteten Zugangs von 20.000 Juden und 5.000 Roma, die aus dem Altreich in das Ghetto Litzmannstadt deportiert werden sollten. Sie wurde ergänzt durch 2.900 Juden aus Leslau, die im September 1941 durch die Ghettoverwaltung nach Litzmannstadt überführt worden waren.<sup>55</sup>

Dass der Mordgedanke von Greiser persönlich stammte und nicht von oben befehligt, sondern lediglich befürwortet wurde, drückt unmissverständlich sein späteres Schreiben aus, in dem er Himmler erneut die Ausweitung des an den Juden erprobten Tötungsverfahrens auf an Tuberkulose erkrankte Polen vorschlug:

„Die von Ihnen [Himmler] im Einvernehmen mit dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes SS-Obergruppenführer Heydrich genehmigte Aktion der Sonderbehandlung von rund 100.000 Juden in meinem Gauegebiet wird in den nächsten 2–3 Monaten abgeschlossen werden können. Ich bitte Sie um die Genehmigung, mit dem vorhandenen und eingearbeiteten Sonderkommando im

---

<sup>54</sup> Der Oberbürgermeister von Litzmannstadt an den Regierungspräsidenten v. 24.9.1941, in: Dokumenty i materiały, Bd. III (Anm. 26), S. 199 f.

<sup>55</sup> Ebd., S. 197, wo angegeben wird, dass die Leslauer Juden zusammen mit den 20.000 Juden und 5.000 „Zigeunern“ aus dem Altreich gebracht werden. Die Juden aus dem Altreich konnten nicht sofort ermordet werden, denn es gab noch keine bindende Entscheidung über ihr Schicksal. Sie überlebten in Litzmannstadt bis Mitte 1942, als sie in die zweite Mordperiode von Kulmhof hineingezogen wurden. An ihrer Stelle wurde eine entsprechende Anzahl von Ghettoeinwohnern aus den kleineren Judenvierteln der Umgebung vergast, vgl. CHRISTIAN GERLACH, Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998, S. 96.

Anschluss an die Judenaktion den Gau von einer Gefahr befreien zu dürfen, die mit jeder Woche katastrophalere Formen annimmt.“<sup>56</sup>

Die von Himmler angekündigten Deportationen setzten am 15. Oktober ein und dauerten bis zum 4. November 1941 an. In dieser Zeit wurden 19.953 Menschen in das Ghetto Litzmannstadt einquartiert.<sup>57</sup> Direkt im Anschluss daran wurden zwischen dem 5. und 9. November noch etwa 5.000 Sinti und Roma aus dem Burgenland und der Steiermark nach Litzmannstadt verfrachtet.<sup>58</sup> Fast parallel dazu liefen die Vorbereitungen für den Massenmord an Tausenden „arbeitsunfähigen“ Juden aus dem gesamten Gaugebiet. Einer der Angehörigen des Sonderkommandos Lange berichtete nach dem Krieg:

„Im Herbst 1941 wurde ich eines Tages in das Büro von Hauptsturmführer Lange befohlen. Dieser erklärte mir, ich werde zu einem Sonderkommando eingeteilt, dessen Auftrag eine geheime Reichssache sei und worüber ich zu niemandem reden durfte. [...] Während der Zeit dieser Vorbereitungen [in Kulmhof] erfuhr ich draußen durch Lange, dass die Aufgabe dieses Kommandos in der Tötung der dort einzuliefernden Menschen bestehen sollte.“<sup>59</sup>

Bereits wenige Tage nach der Vereinbarung zwischen Greiser und Himmler begann das Sonderkommando Lange mit dem Judenmord im Kreis Konin, wo Anfang Oktober 3.500 Menschen umgebracht wurden. Neben den Erschießungen kam dort auch ein „Sonderwagen“ zur Tötung mit Abgasen zum Einsatz. Die Methode erwies sich als so effizient, dass schon am 8. Dezember 1941 die erste stationäre Vernichtungsanlage im Dorf Kulmhof mit zwei Renaults mit Ottomotoren in Betrieb genommen wurde. In der ersten Phase der Morde zwischen Dezember 1941 und März 1942 wurden dort 145.500 Menschen ermordet.

Die Rolle Greisers im Hinblick auf den Judenmord im Warthegau beschränkte sich aber nicht darauf, den entscheidenden Entschluss zur Tötung gefällt zu haben. Wie die neuesten Forschungen von Peter Klein zeigen, beaufsichtigte der Reichsstatthalter den gesamten Mordprozess und griff gelegentlich aktiv in ihn ein. Auf Anweisung des Haushaltsreferats der Gauleitung wurde bei der Sparkasse in Litzmannstadt von der Ghettoversorgung ein Sonderkonto eingerichtet, aus welchem alle Ausgaben, die

<sup>56</sup> Greiser an Himmler: „Nach den Juden Tbc-Kranke töten“, v. 1.5.1942, abgedr. in: Ermordung (Anm. 46), S. 194.

<sup>57</sup> Erfahrungsbericht der Schutzpolizei Litzmannstadt, Abschnittskommando 1a v. 13.11.1941, abgedr. in: Dokumenty i materiały, Bd. III (Anm. 26), S. 203.

<sup>58</sup> ALBERTI, Verfolgung (Anm. 1), S. 398.

<sup>59</sup> Vernehmung Walter Burmeister, zit. nach: Nationalsozialistische Massentötungen (Anm. 49), S. 113 f.

durch den Betrieb des Vernichtungslagers in Kulmhof entstanden, beglichen wurden. Das Sonderkonto wurde gänzlich aus geraubtem jüdischem Besitz finanziert, der während der Mordprozedur „erwirtschaftet“ und entweder unmittelbar in der Vergasungsanlage in Kulmhof oder im Verwertungslager in Pabianice gesammelt wurde. Davon ließ Greiser nicht nur die regulären Gehälter und Gefahrenzulagen des in Kulmhof tätigen Sonderkommandos Lange begleichen, sondern auch die der Mitarbeiter der Ghettoverwaltung, die für den täglichen Umgang mit Juden eine Pauschale von sechs Reichsmark erhielten. Auch jegliche Materialkosten, die während der routinemäßigen Mordprozedur entstanden, wurden daraus beglichen.

Im Februar 1943 beauftragte Greiser persönlich die Ghettoverwaltung, einen Betrag von vier Millionen Reichsmark auf sein eigenes Sonderkonto „Verein der Freunde des Warthegaus“ einzuzahlen, aus dem er seine eigenen „Germanisierungsaktivitäten“ in der Region zu finanzieren pflegte. Klein zufolge lassen die Einrichtung des Kontos, die Saldoeveränderungen und die Buchungsvorgänge darauf schließen, dass die gesamte finanzielle Absicherung der „Endlösung der Judenfrage“ im Warthegau die Aufgabe der Ghettoverwaltung im alleinigen Auftrag der Reichsstatthalterei war.<sup>60</sup> Die zweite Phase der Mordaktionen wurde im April 1944 ebenso auf Initiative von Gauleiter Greiser eingeleitet und dauerte bis Januar 1945 an. Insgesamt wurden in Kulmhof 152.000 Menschen umgebracht, davon etwa 78.000 aus dem Ghetto Litzmannstadt. Darunter befanden sich 11.000 Juden aus dem Reich, aus Österreich, aus Luxemburg und aus dem Protektorat.

Der Überfall auf die Sowjetunion trug auch im Distrikt Lublin zur Radikalisierung der Bevölkerungspolitik vor allem gegenüber der jüdischen, zum Teil aber auch der polnischen Bevölkerung entscheidend bei. Die Perspektive der Eroberung von riesigen Territorien im Osten eröffnete für Globocnik und seine Planer aus dem SS-Mannschaftshaus völlig neue Möglichkeiten. Auf einmal wurden die meisten seiner experimentellen Vorhaben von Himmler begrüßt und ohne Weiteres auf das ganze GG oder sogar den ganzen Osten ausgeweitet.<sup>61</sup> Bereits am 17. Juli 1941 wurde

<sup>60</sup> Vgl. den Beitrag von Peter Klein in diesem Band.

<sup>61</sup> MUSIAL, Ursprünge (Anm. 33), S. 64. Musial irrt, wenn er aufgrund des Berichts von Helmut Müller für das RuSHA, 15.10.1941, BAB, BDC, SSO Odilo Globocnik, feststellt, dass diese Erweiterung der Perspektive durch die Einrichtung der „Planungs- und Forschungsstelle im GG“ geschah, die er vom „SS-Mannschaftshaus“ unterscheidet. In Wirklichkeit handelte es sich um ein und dieselbe Institution. Dies geht unmissverständlich aus dem Arbeitsbericht des SS-Mannschaftshauses vom März 1942 (!) hervor, wo vorgeschlagen wird, den Namen „SS-Mannschaftshaus“ für die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Institutionen außerhalb des Bereiches der SS nicht zu benutzen. Gleichzeitig wird dort vorgeschlagen, die Einrichtung umzubenennen, und es werden 17 Namensvor-

Globocnik zum „Beauftragten für die Errichtung der SS- und Polizeistützpunkte im neuen Ostrauraum“ ernannt.<sup>62</sup> Fast zeitgleich, am 20. Juli, entschied der RFSS, die „Germanisierung“ des GG vom Distrikt Lublin aus zu beginnen.<sup>63</sup> Zwei Wochen später erteilte Himmler bei seinem Besuch in Lublin und Zamosc den Befehl zur Ausweitung der „Fahndung nach deutschem Blut“ auf das ganze GG.<sup>64</sup> Die begonnenen Planungen mussten umso schneller erfüllt werden, da der Distrikt Lublin von einer Welle „volksdeutscher“ Flüchtlinge überschwemmt wurde, die durch Kriegshandlungen mit der Sowjetunion ausgelöst worden war.<sup>65</sup>

Um seine Vorhaben umsetzen zu können, begann der SSPF-Lublin damit, an eine „allmähliche Säuberung des gesamten Generalgouvernements von Juden und auch Polen zwecks Sicherung der Ostgebiete“ zu denken. Dabei ließ er sich von den „Eindeutschungsplänen“ aus dem „Mustergau Wartheland“ ungeniert beeinflussen:

„Das Ziel des Bri[gade]fführers ist nun, aus einem Teilstück heraus die Deutschbesiedlung des gesamten Distrikts Lublin durchzuführen und darüber hinausgehend [...] im Anschluss an die nordisch bzw. deutschbesiedelten baltischen Länder über den Distrikt Lublin einen Anschluss an das deutschbesiedelte Siebenbürgen herzustellen. Er will so im westlichen Zwischengebiet das verbleibende Polentum siedlungsmäßig ‚einkesseln‘ und allmählich wirtschaftlich und biologisch erdrücken. Der west-östlich gerichteten Expansion aus dem Warthegau soll der ost-westlich gerichtete Druck aus dem Raum von Lublin und nördlich und südlich davon folgen“,

berichtete ein Gesandter des Rasse- und Siedlungshauptamtes (RuSHA) im Distrikt Lublin.<sup>66</sup>

Alle diese Vorhaben zielten auf eine großangelegte Umwandlung der ethnischen Zusammensetzung der beanspruchten Gebiete ab und postulierten die physische Entfernung von „unerwünschten“ Bevölkerungsgruppen,

schläge unterbreitet, darunter auch „Planungs- und Forschungsstelle Lublin“, in: ESCH, Forschungsstelle (Anm. 35), S. 71.

<sup>62</sup> Himmler an Globocnik, 17.7.1941, BAB, BDC, SSO Odilo Globocnik; vgl. PUCHER, Bewegung (Anm. 6), S. 91.

<sup>63</sup> ESCH, Verhältnisse (Anm. 24), S. 351.

<sup>64</sup> WASSER, Raumplanung (Anm. 39), S. 61.

<sup>65</sup> Dies stellte Globocnik explizit in seiner an Himmler gerichteten Vollzugsmeldung vom 1.10.1941 fest, BAB, BDC, SSO Odilo Globocnik: „Aber auch die zu Tausenden flüchtigen und heimatlos gewordenen Volksdeutschen der neu eroberten russischen Gebiete sind eine Sorge, von der wir glauben, dass wir sie auf schnellstem Wege hier lösen können, wenn wir diese Volksdeutschen hier ansiedeln und ihnen damit eine Heimat geben, um sie vor ihrem Zugrundegehen zu bewahren.“

<sup>66</sup> Müller an Hofmann, 15.10.1941, BAB, BDC, SSO Odilo Globocnik.

vor allem von Juden. Wie sich das Globocnik praktisch vorstellte, beschrieb der Kommandant des KL Auschwitz, Rudolf Höß, nach dem Krieg:

„Schwierigkeiten gab es dabei für ihn [Globocnik] nicht. Vorwürfe tat er mit einer Handbewegung ab. Die Juden in diesen Gebieten wollte er, soweit er sie nicht für die Arbeiten an ‚seinen‘ Stützpunkten brauchte, an Ort und Stelle vernichten.“<sup>67</sup>

Am 1. Oktober benachrichtigte Globocnik Himmler über den Abschluss seiner Vorbereitungen und bat um eine baldige Rücksprache für sich und HSSPF Krüger: „Da die Vorbereitungen zu einer Zusammensiedlung beendet sind, könnte mit der Durchführung sofort begonnen werden, um noch vor dem Winter die Zusammensiedlung abzuschließen.“ Und dann fuhr er fort:

„In diesem Zusammenhang darf ich aber auch darauf hinweisen, dass eine Zusammensiedlung und eine durchgreifende Entsiedlung der Fremdvölkischen hier im Distrikt Lublin zu einer wesentlichen politischen Beruhigung führen kann, da sowohl der politische Aktivismus der Polen und Ukrainer als auch der Einfluss der Juden, vermehrt durch den Zuzug der zu Tausenden ausgebrochenen Kriegsgefangenen, eine Form angenommen hat, dass auch hier, rein sicherheitspolitisch gesehen, rasch zugegriffen werden muss.“<sup>68</sup>

Alles deutet darauf hin, dass Globocnik, der gerade seine Planungen beendet hatte, die Herbeiführung einer Grundsatzentscheidung über das Schicksal vor allem der jüdischen Bevölkerung in seinem Distrikt erwirken wollte, deren Anwesenheit seine Besiedlungspläne blockierte. Er selbst hatte einen viel zu niedrigen Rang in der NS-Hierarchie, um dermaßen weitreichende Entscheidungen im Alleingang zu treffen.<sup>69</sup>

Am 13. Oktober kam es zu einer zweistündigen Unterredung Himmlers mit Globocnik und Krüger. Der Inhalt des Gesprächs ist zwar nicht überliefert, aber es gibt Indizien, die darauf hinweisen, dass dort die Genehmigung erteilt wurde, mit dem Mord an den Juden im Distrikt Lublin zu beginnen.<sup>70</sup> Denn nur vier Tage später auf dem Treffen der Regierung des GG in Lublin heißt es, die „arbeitsunfähigen“ Juden sollten aus der Stadt entfernt und über den Bug gebracht werden. Dass dies nur eine Metapher für Mord sein konnte, muss allen Anwesenden klar gewesen sein, denn der

<sup>67</sup> Rudolf Höß über Globocniks Pläne in der Haftzeit in Krakau, Januar 1947, zit. nach: PUCHER, Bewegung (Anm. 6), S. 91.

<sup>68</sup> Globocnik an Himmler, 1.10.1941, BAB, BDC, SSO Odilo Globocnik.

<sup>69</sup> Ausführliche Analyse des Dokuments bei MUSIAL, Ursprünge (Anm. 33), S. 69. Musial ist überzeugt, dass Himmler die Angelegenheit Hitler vortrug, der persönlich über das Schicksal der jüdischen Bevölkerung im Distrikt Lublin entschied, ebd. S. 70 ff.

<sup>70</sup> MUSIAL, Ursprünge (Anm. 33), S. 72.

ebenfalls dort anwesende Hans Frank hatte nur wenige Tage zuvor vom frisch ernannten Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, erfahren, dass er „im Augenblick [...] für die Durchführung derartiger Umsiedlungspläne noch keine Möglichkeit“ sehe.<sup>71</sup> Während des Treffens mit Himmler muss auch die Entscheidung über die Errichtung des Vernichtungslagers Belzec getroffen worden sein, denn die ersten T4-Spezialisten trafen mit Christian Wirth Ende Oktober in Lublin ein. Ein polnischer Bauhelfer berichtete folgendermaßen über den Beginn der Bauarbeiten:

„Im Oktober des Jahres 1941 kamen nach Belzec 3 SS-Leute und verlangten von der Gemeindeverwaltung Belzec 20 Männer für die Arbeit. [...] Die Arbeiten haben wir am 1. November des Jahres 1941 begonnen, und zwar mit dem Bau von Baracken.“<sup>72</sup>

Der Historiker Bogdan Musial vermutet, gestützt auf die Nachkriegsaussage des Kommandeurs der Gendarmerie (KdG) im Distrikt Lublin, Ferdinand Hahnzog, dass Globocnik die Einrichtung eines Vernichtungslagers mit stationären Gaskammern nicht nur förderte, sondern selber erdachte und einleitete. Hahnzog zufolge führte er erste diesbezügliche Experimente bereits „im Frühjahr 1941, wenn nicht schon im Herbst 1940“ durch. Der KdG berichtete über

„eine tief im Grenzwald gegen Galizien bei Belzec verborgene primitive Anlage [...], die aus einem abgedichteten Schuppen bestand, in den die Sicherheitspolizei und der SD aus Zamosc die Abgase von Kraftfahrzeugen hineinleitete, mit denen die ‚morituri‘ herangeführt worden waren!“.<sup>73</sup>

Laut Musial sei „es schwer vorstellbar, dass Globocnik, als er am 1. Oktober 1941 um Erlaubnis zur „Entsiedlung“ bat, keinen ausgearbeiteten Plan gehabt hatte, wie er dies durchzuführen gedenke“.<sup>74</sup> Dem Gedankengang widerspricht jedoch die Tatsache, dass nach dem Eintreffen der T4-Spezialisten ausgerechnet Wirth derjenige war, der entschied, in Belzec eine ortsfeste Gaskammer mit dem Autoverbrennungsmotor zur Gaserzeugung zu installieren. Aus Gründen der Geheimhaltung wählte er auch Kohlenmonoxid anstatt Zyklon B, denn der Giftstoff wurde von Privatfirmen

<sup>71</sup> Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42, hg. v. PETER WITTE u. a. Hamburg 1999, S. 233 f., Anm. 35.; vgl. Aktennotiz über die Besprechung Franks mit Rosenberg am 14.10. 1941, in: Diensttagebuch (Anm. 28), S. 413.

<sup>72</sup> Aussage Stanisław Kozak, ohne Datum, zit. nach: Nationalsozialistische Massentötungen (Anm. 49), S. 152.

<sup>73</sup> Vern. Hahnzog, Juli 1962, zit. nach: MUSIAL, Ursprünge (Anm. 33), S. 76.

<sup>74</sup> Ebd. S. 77.

produziert, und große Lieferungen dieses Gases in den Osten wären kaum unbemerkt geblieben. Wirth war auch derjenige, der in der bereits fertig gestellten Anlage zu Versuchszwecken erste Judentötungen vornahm. Der israelische Historiker Yitzhak Arad schreibt dazu:

„The first transports of Jews were used for experimental killings, to check the efficiency and capacity of the gas chambers and the technique of the extermination process. There were two or three such experimental transports of four to six freight cars with 100 to 250 Jews in each of them. These experimental killings lasted a few days and the last group to be murdered were the Jewish prisoners who had been engaged in building the camp.“<sup>75</sup>

Dabei verwendete Wirth Kohlenmonoxid aus Flaschen, also das Tötungsverfahren, auf welches in Kulmhof gerade verzichtet wurde, bis er schließlich auf Motorabgase eines Panzers umstieg.<sup>76</sup>

Auch die Behauptung von Musial, im Herbst 1941 hätten Hitler und Himmler über das Schicksal aller Juden aus dem GG entschieden, steht auf sehr wackeligen Füßen. Zum einen waren die Kapazitäten des Vernichtungslagers in Belzec bei weitem nicht ausreichend, um den Massenmord an mehr als anderthalb Millionen Menschen in der vermuteten kurzen Zeit der noch andauernden Kämpfe an der Ostfront einzukalkulieren. Alles deutet darauf hin, dass diese Mordeinrichtung einen Versuchscharakter trug und anfänglich „nur“ für die Juden aus dem Distrikt Lublin gedacht war.<sup>77</sup>

Erst allmählich wurde der Mordauftrag von Globocnik erweitert, bis er alle Juden aus dem GG und dem Bezirk Bialystok umfasste und beschlossen wurde, weitere Mordeinrichtungen in Sobibor und Treblinka zu bauen.<sup>78</sup> Dies wird auch durch die Behandlung der Thematik auf den jeweiligen Regierungssitzungen bestätigt, die bald nach den Entscheidungen in Berlin in allen Distrikten des GG stattfanden. Während man in Lublin am 17. Oktober bereits von der „Übersiedlung“ der „arbeitsunfähigen“ Juden „über den Bug“ sprach – obwohl man davon unterrichtet worden war, dass Rosenberg sich entschieden weigerte, Juden aus dem GG aufzunehmen<sup>79</sup> –

<sup>75</sup> YITZHAK ARAD, Belzec, Sobibor, Treblinka. The Operation Reinhard Death Camps, Bloomington, Indianapolis 1999, S. 26.

<sup>76</sup> Nationalsozialistische Massentötungen (Anm. 49), S. 154; ARAD, Belzec (Anm. 75), S. 24 f.; RAUL HILBERG, Die Vernichtung der europäischen Juden, Frankfurt/M. 1990, Bd. 2, S. 941. Hilberg vermutet, dass es sich bei dem Flaschengas entweder um Kohlenmonoxid oder um Blausäure gehandelt haben könnte; vgl. POHL, Judenpolitik (Anm. 1), S. 105 f.

<sup>77</sup> ARAD, Belzec (Anm. 75), S. 23; GERLACH, Krieg (Anm. 55), S. 181; PETER LONGERICH, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München, Zürich 1998, S. 455.

<sup>78</sup> Vgl. POHL, Judenpolitik (Anm. 1), S. 101 f.; GERLACH, Krieg (Anm. 55), S. 178.

<sup>79</sup> Vgl. Dienstkalender (Anm. 71), S. 233 f. (Anm. 35).

und in Lemberg, wo der lokale Massenmord bereits im Gang war und ein Verbot erlassen wurde, neue Ghettos zu errichten, „da die Hoffnung besteht, dass die Juden in naher Zukunft aus dem Generalgouvernement abgeschoben werden könnten“<sup>80</sup>, schwieg man darüber in den anderen drei Distrikten.<sup>81</sup> Nach dem Treffen mit Himmler und Krüger in Berlin, als die Infrastruktur für die Vernichtung von den T4-Spezialisten noch erprobt wurde, arbeitete Globocnik zusammen mit den ihm unterstellten „Wissenschaftlern“ aus dem SS-Mannschaftshaus seine eliminatorischen Pläne „zur vorläufigen Regelung der Judenfrage im GG“ weiter aus:

„Als Folge daraus wurden durch Verordnung weitere Ghettos gebildet, die Freizügigkeit der Juden wurde aufgehoben bez[iehungs]w.[eise] eingeengt, die Arbeitsheranziehung der Juden verstärkt. Diese Arbeit fand den Abschluss mit der Evakuierung der Juden seit dem 15. III. [März 1942] nach Osten“,

ist in einem diesbezüglichen Arbeitsbericht zu lesen.<sup>82</sup> Und tatsächlich wurde ab diesem Tag in Lublin das größte Ghetto im Distrikt geräumt. In zwei nacheinander folgenden Aktionen wurden etwa 30.000 Juden nach Belzec deportiert und dort ermordet. Schnell breiteten sich die Aktionen auch auf andere Kreise des Distriktes aus, so dass bis Ende Mai beinahe 150.000 Juden ermordet wurden.<sup>83</sup> Inzwischen war auch die zweite Vernichtungsanlage in Sobibor fertig gestellt worden, wohin ab Anfang Mai die meisten Judentransporte aus der Lubliner Provinz weitergeleitet wurden, während Belzec für die Vergasung der Menschen aus dem Distrikt Galizien genutzt wurde.<sup>84</sup>

Sogar während dieser Etappe waren der Umfang der Mordaktionen und die Kompetenzen der involvierten Dienststellen keineswegs endgültig geklärt. Globocnik weitete anscheinend die Vernichtungsaktion eigenmächtig aus, denn – wie Eichmann in seinen Nachkriegsaussagen bestätigte – er ließ sich sogar eine nachträgliche Genehmigung für die gerade stattgefundenen Morde ausstellen:

<sup>80</sup> Protokoll der Regierungssitzung in Lemberg, 21.10.1941, in: Diensttagebuch (Anm. 28), S. 436 (Zusammenfassung).

<sup>81</sup> Vgl. die Regierungssitzungsprotokolle v. 15. u. 16.10.1941 (Warschau), 18.10.1941 (Radom), 20.10.1941 (Krakau), in: ebd., S. 414–425, 430–436 (alle in gekürzter Form).

<sup>82</sup> Arbeitsbericht des SS-Mannschaftshauses vom März 1942, in: ESCH, Forschungsstelle (Anm. 35), S. 69 (Dok. 2).

<sup>83</sup> POHL, Judenpolitik (Anm. 1), S. 125.

<sup>84</sup> Die dünn belegte Behauptung Musials, dass Sobibor parallel zu Belzec konzipiert und aufgebaut worden sei, kann auch deswegen nicht überzeugen, da er nicht erklären kann, wieso die fertige Vernichtungsanlage in Sobibor im Vergleich zu Belzec mit einer beinahe zweimonatigen Verspätung mit dem Judenmord begonnen haben soll. MUSIAL, Ursprünge (Anm. 33), S. 81.

„I still remember that, after the Wannsee Conference, Heydrich authorized Brigadeführer Globocnik, who had that killing installation in Lublin, to kill Jews, and even made the authorization retroactive. [...] At that time Heydrich ordered me [Eichmann] to draft the following letter: ‚I authorize you to subject another 150.000 Jews to the final solution‘. Those Jews were already dead. Actually, I think there were 250.000. He, Globocnik, arranged to have the order given to him a second time.“<sup>85</sup>

Ähnlich wie im Warthegau standen auch die übereilten antijüdischen Maßnahmen von Globocnik im Zeichen der stattfindenden Judenabschiebungen aus dem Altreich auf das ihm unterstellte Gebiet. Vor allem betraf dies die Ghettoauflösungen in den Lubliner Landkreisen: „Aufgrund meines Vorschlags besteht grundsätzliche Klarheit, dass möglichst im gleichen Ausmaß, wie die Juden vom Westen her eingesiedelt werden, hiesige Juden auszusiedeln sind“, schrieb der Leiter der Unterabteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge, Richard Türk, im Frühjahr 1942 in seinem Lagebericht.<sup>86</sup>

Die ersten Vernichtungsaktionen im Distrikt Lublin betrafen keineswegs alle Juden aus diesem Gebiet. Vorerst wurden vor allem die „arbeitsunfähigen“ Juden ermordet, erst nach einigen Wochen wurde der Mordauftrag für Globocnik erheblich ausgeweitet.<sup>87</sup> Der Adjutant von Wirth, Josef Oberhauser, sagte in seiner Vernehmung nach dem Krieg aus:

„Damals hieß es, dass nur arbeitsunfähige Juden aus verschiedenen Ghettos liquidiert werden sollten. Von einer großangelegten Vernichtungsaktion war noch nicht die Rede. Von dem Plan, die Juden systematisch auszurotten, habe ich erstmals erfahren, als Brack im April oder Mai 1942 zu Globocnik nach Lublin kam und ihn davon unterrichtete, dass ihm die ehemaligen Angehörigen der Aktion T4 zur Durchführung der Judenvernichtung zur Verfügung gestellt werden. [...] Brack erklärte, dass die Erschießung der Juden durch die Einsatzkommandos für die Truppe zu viel sei. [...] Deshalb habe man sich entschlossen, die Juden durch die Vergasung auszurotten. [...] Neben Auschwitz sollten weitere Lager bis zum 1.8.1942 für eine Massenvernichtung ausgebaut werden.“<sup>88</sup>

<sup>85</sup> Eichmann Interrogated. Transcripts from the Archives of the Israeli Police, hg. v. JOCHEN VON LANG, New York 1999, S. 93; vgl. POHL, Judenpolitik (Anm. 1), S. 125.

<sup>86</sup> Lagebericht Türks, 7.4.1942, Abschnitt: Judenumsiedlungen des SS- und Polizeiführers, abgdr. in: Eksterminacja Żydów na ziemiach polskich w okresie okupacji hitlerowskiej. Zbiór dokumentów, hg. v. TATIANA BERENSTEIN/ ARTUR EISENBACH/ ADAM RUTKOWSKI, Warszawa 1957, S. 282; vgl. POHL, Judenpolitik (Anm. 1), S. 119.

<sup>87</sup> Vgl. LONGERICH, Politik (Anm. 77), S. 504 f.

<sup>88</sup> Vern. Oberhauser, 10.11.1964, zit. nach: POHL, Judenpolitik (Anm. 1), S. 125 f.

Seinem unglaublichen Aktivismus bei der Lösung des „Judenproblems“ im GG verdankte Globocnik seine Sonderstellung bei der einsetzenden Aktion der flächendeckenden Judenvernichtung auf diesem Gebiet. Am 3. Juni, also nach dem Treffen mit Viktor Brack, übersandte er Himmler seine Entwürfe für die künftige Bevölkerungspolitik im Distrikt Lublin und im gesamten GG, unter denen sich auch zwei Mappen zum „Judenproblem“ befanden. In einem Begleitungsbrief berief er sich auf einen Grundsatzbefehl, der ihm dabei helfen würde, entstandene „Mängel und Fragen“ zu beheben bzw. zu beantworten. Erst nach einem Monat, am 9. Juli – die Reaktion auf das Heydrich-Attentat in Prag am 27. Mai 1942 nahm zuvor Himmlers ganze Aufmerksamkeit in Anspruch –, konnte ein Treffen zwischen ihm und HSSPF Krüger zu diesem Thema stattfinden.<sup>89</sup> Bald darauf unterbreitete Himmler die ganze Angelegenheit Hitler und besuchte das KL Auschwitz, wo er an einer Probevergasung holländischer Juden teilnahm.<sup>90</sup> Direkt aus Kattowitz flog Himmler nach Lublin, wo er sich mit Globocnik und Krüger traf, um endgültige Entscheidungen über die „Judenfrage“ im GG zu treffen und gleichzeitig die Ansiedlungspläne der „Volksdeutschen“ im Distrikt Lublin zu akzeptieren.<sup>91</sup> Während dieses Aufenthalts wurde Globocnik offiziell mit der Ermordung der jüdischen Bevölkerung im GG betraut.

„Der Reichsführer SS war nun hier und hat uns so viel neue Arbeit gegeben, dass nun alle unsere geheimsten Wünsche damit in Erfüllung gehen. Ich bin ihm sehr dankbar dafür, denn das eine kann er gewiss sein, dass diese Dinge, die er wünscht, in kürzester Zeit erfüllt werden“,<sup>92</sup>,

schrieb Globocnik wenige Tage später. Was er zu tun hatte, formulierte Himmler schriftlich in dem berüchtigten Endlösungsbefehl für das GG vom 19. Juli 1942:

„Ich ordne an, dass die Umsiedlung der gesamten jüdischen Bevölkerung des Generalgouvernements bis 31. Dezember 1942 durchgeführt und beendet ist. [...] Diese Maßnahmen sind zu der im Sinne der Neuordnung Europas notwendigen ethnischen Scheidung von Rassen und Völkern sowie im Interesse der Sicherheit und Sauberkeit des deutschen Reiches und seiner Interessengebiete erforderlich.“<sup>93</sup>

<sup>89</sup> Vgl. Dienstkalender (Anm. 71), 9.7.1942, S. 482 f., besonders Anm. 35.

<sup>90</sup> Vgl. ebd., 17.7.1941, S. 491 f., besonders Anm. 70; vgl. POHL, Judenpolitik (Anm. 1), S. 127.

<sup>91</sup> Vgl. Dienstkalender, 18., 19., 20.7.1941, S. 493–497.

<sup>92</sup> Globocnik an Wolff, 22.7.1942, BAB, BDC, SSO Odilo Globocnik.

<sup>93</sup> Himmler an Krüger, 19.7.1942, abgedr. in: Eksterminacja (Anm. 86), S. 295 f.

Damit war der Lubliner SS- und Polizeiführer für die Ermordung der Juden aus dem GG in den ihm unmittelbar unterstellten Vernichtungslagern in Belzec, Sobibor und bald auch Treblinka und für die Verwertung ihres Besitzes verantwortlich.

### Fazit

Sowohl im Warthegau als auch im Distrikt Lublin im GG erweisen sich die endgültigen Entscheidungen über die Ermordung der gesamten „unnützen“ jüdischen Bevölkerung als Ergebnis langer und komplizierter Entscheidungsprozesse, in die sowohl die höchsten Entscheidungsträger des Reiches – wie Himmler oder sogar Hitler – als auch die lokalen Führer involviert waren, die für die Gestaltung der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik verantwortlich zeichneten – wie Reichsstatthalter Wartheland Arthur Greiser oder SSPF-Lublin Odilo Globocnik. In beiden Fällen resultierten die verhängnisvollen Entscheidungen nicht aus einem konkreten und bereits früher vorbereiteten Gesamtplan, der die Ausrichtung der NS-Bevölkerungspolitik für die ganzen unterworfenen Gebiete Polens bestimmen sollte. Sie gingen stattdessen aus einer ganzen Reihe von mehr oder weniger improvisierten Schritten hervor, die die offizielle Judenpolitik nach und nach verschärften und die von den Entscheidungsträgern vor Ort aufgrund deren eigener Initiativen im Schatten der militärischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion getroffen wurden.

Sowohl der Reichsstatthalter Wartheland als auch der SSPF-Lublin arbeiteten aufs Engste mit Himmler in seiner Funktion als RKF zusammen, in der begründeten Hoffnung, durch ihren Übereifer frühere Verfehlungen wettmachen und sogar auf der NS-Karriereleiter höher klettern zu können. Trotz des weltanschaulichen Fanatismus' und der Rücksichtslosigkeit, die für beide kennzeichnend war, planten weder Greiser noch Globocnik bereits von Anfang an die vollständige Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in den ihnen unterstellten Gebieten. Beide dachten zuerst eher an eine Lösung der „Judenfrage“ durch großangelegte Deportationen als an Massenmord. Jedoch verstärkte der Umfang der unter ihrer Leitung entstehenden soziotechnischen Konzepte, die auf die schnelle und gänzliche „Germanisierung“ beider Gebiete abzielten, den Druck, sich rasch aller „unerwünschten“ ethnischen Gruppen zu entledigen, vor allem der Juden, die nicht in das vorausgesetzte rassische Bevölkerungsprofil passten. Mit der Zeit verstärkten nicht nur die ihnen unmittelbar unterstellten Behörden und Institutionen den Druck, sondern auch lokale Besatzungseinrichtungen drangen ihrerseits auf die schnellstmögliche Umsetzung dieser Projekte, oft dadurch, dass sie vollendete Tatsachen schufen und Juden einfach von den

Lebensmittelzuteilungen ausschlossen oder ihre Vorgesetzten mit Petitionen und Denkschriften überhäuften. Die Schwierigkeiten an der Ostfront, die eine Abschiebung der Juden in diese Richtung unmöglich machten, gepaart mit dem Druck seitens der obersten Reichsbehörden und der eigenen lokalen Besatzungseinrichtungen führten dazu, dass Greiser und Globocnik sich unabhängig voneinander und fast zeitgleich dazu entschlossen, das „Judenproblem“ mit Hilfe von Massenmord zu lösen. Auf diese Weise wurden beide zu den Vorreitern der Judenvernichtung im besetzten Polen und trugen maßgeblich zur Ermordung der europäischen Juden bei.